

Presse Weser-Kurier 2024

Bremische Bürgerschaft

Diese Petitionen bewegen die Bewohner



WESER KURIER, Christian Hasemann, 08.01.24

Bremische Bürgerschaft: Diese Petitionen bewegen die Bewohner

Die untere Rathaushalle wird von verschiedenen Organisationen, wie hier beim Weihnachtsmarkt des DRK genutzt. Eine Petition richtet sich gegen die Umnutzung.

Roland Scheitz

Gleich zu Beginn des Jahres konnte Claas Rohmeyer (CDU), Vorsitzender des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, 2000 zusätzliche Unterschriften zum Erhalt der Unteren Rathaushalle als Ausstellungsort entgegen nehmen. Nicht nur die Rathaushalle bewegt die Menschen. Stadtweit bringen Bürger Petitionen ein, um Veränderungen vor Ort zu erreichen. Auch aus dem Bremer Südosten durchlaufen Petitionen ihren institutionellen Gang.

Die erfolgreichste Petition

Auf diese Weise sind inzwischen knapp 3000 Unterschriften in Sachen Untere Rathaushalle zusammen gekommen. Auf der Homepage der Bremischen Bürgerschaft waren zuvor bereits 908 Zeichnungen zu der Online-Petition eingegangen. Anfang Februar wird es eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss geben. Rohmeyer, der auch Vorsitzender der Osterholzer CDU ist, zeigte sich verwundert, dass, wie er es ausdrückte, offenbar kein Gremium seitens des Kulturressorts an der Entscheidung über die Umnutzung der Unteren Rathaushalle beteiligt gewesen sei. Das habe zumindest eine Nachfrage in der Kulturbehörde ergeben, deren oberster Dienstherr Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) ist.

Ik wil dit niet meer zien

Die zusätzlichen Unterschriften zur Unterstützung der Petition sind beispielsweise beim DRK-Weihnachtsmarkt in der Unteren Rathaushalle zusammengekommen, berichtet Frauke Alber aus dem Viertel, eine der Petentinnen. Viele dieser Menschen seien an einer Erhaltung der Vielfalt in der Unteren Rathaushalle interessiert. Das vom Senat angeführte Argument, dass die Untere Rathaushalle lediglich zu 30 bis 40 Prozent für Ausstellungen genutzt werden würde, wollen die Petenten so nicht stehen lassen.

"Das sind die Zahlen aus der Corona-Pandemie, während der wir sowieso unsere Veranstaltungen absagen mussten", sagt Alber. Von der weitreichenden Senatsentscheidung sind verschiedene Akteure betroffen, die bislang die Untere Rathaushalle bespielt haben und die nun die Unterschriftenliste überreichten: die Angewandte Kunst Bremen, Gold am Fluss, das Deutsche Rote Kreuz, der Martinshof, Terre des hommes und der Bund Deutscher Architekten.

Petition für Sanierung von Schrottimmoblie

Aktuell in der Zeichnungsfrist, also der Zeitraum, in dem Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift eine Petition unterstützen können, ist eine Petition aus dem Bremer Südosten. In dieser fordert ein Petent aus der Neuwieder Straße 3, dass die Stadt den Eigentümer des maroden Gebäudes dazu bringen soll, das Gebäude zu sanieren. Hintergrund sind die seit Jahren prekären Zustände in der Neuwieder Straße. "Die Verwaltung, ZBVV, und der Vermieter ZBI lassen das Haus im Stich", heißt es.

Zwei Hausmeister hätten den Job im Gebäude wegen der Untätigkeit des Vermieters gekündigt. Gleichzeitig würden nicht nachvollziehbare hohe Nebenkostenabrechnungen erstellt, die teils in vierstelligen Bereichen liegen würden. Noch bevor die Petition in die parlamentarische Beratung geht, hat sich aber die Ausgangslage verändert. Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, [dass die Gewoba das Gebäude kaufen wird](#). Damit wird auch die längst überfällige Sanierung des Gebäudes sehr wahrscheinlich.

Während einige Petitionen noch zu zeichnen sind, sind andere schon in der parlamentarischen Beratung. Beispiele aus dem Bremer Südosten:

Für Sitzgelegenheiten am Mahndorfer Bahnhof

Mit der Forderung nach mehr Sitzplätzen am Bahnhof Mahndorf hat eine im Oktober 2023 eingereichte Petition 84 Mitzeichner gefunden. 2013 sei der Bahnhof umgebaut worden, gleichwohl gebe es bis heute nur zwei Sitzgelegenheiten für jeweils zwei bis drei Menschen, heißt es darin. "Der Bahnhof wird in den Hauptverkehrszeiten morgens und abends und auch dazwischen von einer Vielzahl von Menschen benutzt. Nicht alle Nutzer und Nutzerinnen können die Wartezeit bis zum Eintreffen der Züge stehend absolvieren", heißt es weiter. Dies betreffe vornehmlich körperlich eingeschränkte Personen, aber auch viele ältere Personen, denen das Stehen schwerfalle. Es müsse dringend und kurzfristig Abhilfe geschaffen werden. Mit Unterstützung kann die Petition aus [dem Hemelinger Beirat rechnen](#), dort waren der Bahnhof und seine Aufenthaltsbereitsqualität mehrmals Thema. Allerdings: Die Entscheidung über Sitzgelegenheiten oder weitere Überdachungen am Bahnhof fällt der Eigentümer und das ist die Deutsche Bahn.

Gegen Tempo 30 auf Stresemannstraße

Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich Tempo-30 in ihren Straßen, aber es gibt auch gegenteilige Forderungen. Eine betrifft die Stresemannstraße in Hastedt. Dort fordert der Petent die Aufhebung des Tempo-30-Bereichs an der [Willkommenschule zwischen Bennigsenstraße und Steubenstraße](#) auf der vierspurigen Stresemannstraße. Insbesondere die eher großzügig gehaltene

Geltungsdauer von 6 bis 22 Uhr wird in der Petition, deren Zeichnungsfrist ausgelaufen ist, kritisiert. Die Beschränkungen müssten besser den regulären Betriebszeiten von Schulen und Kindergärten angepasst sein, um auch Akzeptanz bei den Autofahrern zu erlangen.

Info

Weitere Informationen zum Petitionsausschuss und aktuelle Petitionen sind über die Seite www.petition.bremische-buergerschaft.de aufzurufen.

[Zur Startseite](#)

Mitte und Östliche Vorstadt

Petition zum Erhalt Untere Rathaushalle wird am 9. Februar verhandelt



WESER KURIER, Sigrid Schuer, 31.01.24

Mitte und Östliche Vorstadt: Petition zum Erhalt Untere Rathaushalle wird am 9. Februar verhandelt

Die Petenten wollen, dass die Untere Rathaushalle als Ausstellungs- und Veranstaltungsraum erhalten bleibt.

Frank Thomas Koch

Petitionen erlöschen nicht automatisch mit dem Ablauf einer Legislaturperiode. Das erklärt auf Nachfrage Claas Rohmeyer (CDU), Vorsitzender des Petitionsausschusses der Bremischen [Bürgerschaft](#). Und so sind einige Petitionen aus dem Jahr 2023, auch aus Mitte und der Östlichen Vorstadt automatisch in das Jahr 2024 transferiert worden.

Warum sorgen zwei Petitionen für besonderes Aufsehen?

Für besonderes Aufsehen sorgen zwei Petitionen: Zum einen die Petition zum Erhalt der Unteren Rathaushalle als Ausstellungs- und Veranstaltungsraum. Zum anderen: Nach Peter Bargfrees Petition von der Bürgerinitiative "Rettet den Klinik-Park", die weiterhin Gültigkeit und bereits auch Erfolg gehabt hat (die alten [Eichen](#) auf dem Gelände des Klinik-Parks konnten gerettet werden), legten seine Mitstreiterinnen Hilde Kohake und Astrid Hager-Guthrie von der Bürgerinitiative noch einmal nach. Sie fordern in einer erweiterten Petition die vollständige Erhaltung des Klinik-Parks. Begründung: "Die vier alten Eichen im Klinik-Park reichen allein nicht aus und hätten alleine auch keine Überlebenschance". Auch wird in der Petition auf den Wert des Klinik-Parks als Spielraum für die Kinder im entstehenden Stadtteil des Neuen Hulsberg-Viertels

verwiesen. Nach den von der [Grundstücksentwicklung](#) Gesellschaft Klinikum Bremen-Mitte angeordneten Fällungen, mit denen, so die Kritik der Bürgerinitiative, Fakten geschaffen worden seien, habe der Petitionsausschuss noch einmal einen scharf formulierten Brief an das zuständige Umwelt-Ressort geschrieben, sagt Rohmeyer und um mehr Transparenz bei der Freiraumplanung des Areals gebeten. Die Bürgerinitiative fordert einen sofortigen Stopp der Abholzungen und die Anpassung des Bebauungsplanes an die aktuellen Herausforderungen des Klimawandels.

Weshalb gibt es eine Petition zur Unteren Rathaushalle?

Anfang des Jahres waren, wie berichtet, noch einmal zusätzlich 2000 Unterschriften für den Erhalt der Unteren Rathaushalle als Ausstellungs- und kulturellem Veranstaltungsort an Claas Rohmeyer übergeben worden. Damit wuchs die Unterschriftenliste auf 3000 an. Viele dieser Menschen seien an einer Erhaltung der Vielfalt in der Unteren Rathaushalle interessiert, betont Keramikerin Frauke Alber aus dem Viertel, eine der Petentinnen. Das vom Senat angeführte Argument, dass die Untere Rathaushalle lediglich zu 30 bis 40 Prozent für Ausstellungen genutzt werden würde, wollen die Petenten so nicht stehen lassen. "Das sind die Zahlen aus der Corona-Pandemie, während der wir sowieso unserer Veranstaltungen absagen mussten", sagt Alber. Im Gegenteil: Besonders an den Wochenenden erreichten die Angebote in der Unteren Rathaushalle viele Tausend Menschen, resümiert sie.

Von der weitreichenden Senatsentscheidung sind viele verschiedene Akteure betroffen, die bislang die Untere Rathaushalle bespielt haben: die Angewandte Kunst Bremen, Gold am Fluss, das Deutsche Rote Kreuz, der [Martinshof](#), Terre des Hommes und der Bund Deutscher Architekten. All diese Institutionen sollen die Untere Rathaushalle künftig nicht mehr nutzen können. Künftig soll sie zu einem multimedialen Informationszentrum zum Bremer Unesco-Weltkulturerbe umgebaut werden. Aus Sicht der Petenten könnte dieses Zentrum genauso gut auf 100 Quadratmetern Bürofläche im Rathaus untergebracht werden.

Welche Petitionen gibt es noch?

Zudem werden weitere Petitionen aus dem Jahr 2023 aus dem Bereich Mitte/Östliche Vorstadt auch künftig vom Petitionsausschuss der Bürgerschaft behandelt: So die Petition zum [Mecklenburger Platz](#). Dort beklagen Teile der Anwohnerschaft eine geballte Gemengelage: An erster Stelle stehen die Probleme Müll, Alkohol- und Drogen-Konsum sowie Drogen-Handel. Direkt neben der Tischtennisfläche soll offenbar ein Urinal aufgestellt werden. "Wir haben im Oktober einen Ortstermin vereinbart und uns die Situation angeschaut", sagt Rohmeyer. Der Ausschuss habe darauf gedrungen, die Zuständigkeit für den Platz in eine Hand zu geben. Bisher ist diese aufgeteilt etwa in Immobilien Bremen und Umweltbetrieb Bremen. Angemahnt worden seien zudem höhere Reinigungsintervalle. Nun warte der Petitionsausschuss auf eine Antwort der Behörde.

Im Dezember habe es eine öffentliche Anhörung zur Petition für die temporäre Sperrung des Sielwalls gegeben, sagt Rohmeyer. Ziel: die [Autoposer](#) auszubremsen. Das Innen- und das Mobilitäts-Ressort streiten darüber, wer die Kosten für die teure Maßnahme durch personenintensive Kontrolle übernehmen soll. Ein anderer Vorschlag habe sich hingegen als wenig praktikabel erwiesen: Versenkbare Poller würden die Straßenbahnschienen blockieren.

Leidenschaftlich und kontrovers wurden in Beiratssitzungen auch die nächsten beiden Petitionen zur Helenenstraße debattiert. Auch hier liegen dem Ausschuss zwei Petitionen vor: Eine gegen das zusätzliche Schaffen weiterer Stüdiowohnungen in der [Helenenstraße](#) durch einen Investor, die auch fordert, die Straße für Wohnbebauung zu erschließen. Eine andere, die sich generell gegen Zwangs- und Armuts-Prostitution und den zunehmenden Einfluss der Zuhälter im Steintor wendet.

Zudem liegen dem Ausschuss zwei Petitionen zum Thema Fahrradfahren in den Wallanlagen vor, eine öffentliche und eine nicht öffentliche, die nicht online gezeichnet werden kann. Da es den

Konflikt zwischen Fuß- und Rad-Verkehr auch in anderen Stadtteilen wie im Waller Park gebe, wäre es sinnvoll, eine durchgängige Regelung für alle zu finden, so Rohmeyer.

Info

Die öffentliche Verhandlung über die Petition zur Erhaltung der Unteren Rathaushalle als Ausstellungs- und Veranstaltungsraum findet am Freitag, 9. Februar, um kurz vor 16 Uhr im Petitionsausschuss im Haus der Bürgerschaft am Markt statt.

[Zur Startseite](#)

In der Unteren Rathaushalle soll ein Welterbe-Informationszentrum entstehen. Die Pläne sind umstritten.

WESER KURIER, Sigrid Schuer, 06.03.24

Die Debatte um die Untere Rathaushalle nimmt an Fahrt auf. Anfang des Jahres war die Anzahl der Befürworter, die für einen Erhalt der Halle als Veranstaltungs- und Ausstellungs-Ort eintreten, auf über 3000 angewachsen. Die Unterschriftenliste wurde [Claas Rohmeyer](#) (CDU), dem Vorsitzenden des [Petitionsausschusses](#) der Bremischen Bürgerschaft, übergeben. Nachdem Ende der vergangenen Woche der Petitionsausschuss dazu getagt hatte, zog nun der Beirat Mitte mit einer Sitzung und einem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss nach. Doch worum geht es eigentlich?

Was plant die Senatskanzlei?

Laut Koalitionsvertrag soll in der Unteren Rathaushalle ein Informationszentrum für das Weltkulturerbe "Rathaus und Roland Bremen" installiert werden. Die Pläne dazu erläuterte auf der Beiratssitzung Jens Schmidt von der Senatskanzlei, temporärer Leiter des Projektes. Geplant ist für die Untere Rathaushalle eine "alles unter einem Dach"-Lösung. Dafür sollen die angrenzenden Wände zu den ehemaligen Verwaltungsräumen des Bremer Ratskellers durchbrochen werden, damit dort Toiletten und Schließfächer installiert werden können. Außerdem soll eine weitgehende Barrierefreiheit hergestellt werden. Die letztgenannten Punkte wurden auch vom Beirat begrüßt.

Außerdem, so Schmidt weiter, könnten [Touristen](#) hier geschützt auf ihre Bremen-Führung warten, die sie in dem Zentrum auch buchen könnten. Aber auch Bremerinnen und Bremer sollen an Ort und Stelle mehr über das Weltkulturerbe erfahren. Eine Nutzung, die über die fest installierten Informations-Terminals hinausgeht, sieht Schmidt allenfalls als Nische. Er betonte auf Nachfrage, dass Landesdenkmalpfleger Georg [Skalecki](#) und der Leiter des Staatsarchivs, Konrad Elmshäuser, keine Einwände gegen die geplanten Wanddurchbrüche, auch zum neuen Rathaus, geäußert hätten.

Was kostet das Vorhaben?

Zunächst sollten sich die Kosten für die Umsetzung des Welterbe-Informationszentrums auf 2,8 Millionen Euro belaufen. 1,4 Millionen Euro übernimmt als Investitionskostenzuschuss die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien. Allerdings nur, wenn das Informationszentrum, so wie im Bremer Förderantrag festgelegt, in der Unteren Rathaushalle installiert wird. Die Debatte um mögliche Alternativ-Standorte oder Kompromisse, wie sie der bündnisgrüne Beiratssprecher [Jonas Friedrich](#) angeregt hatte, ist damit vom Tisch.

Schmidt sagte, dass die Kosten für das Informationszentrum inzwischen aufgrund von Inflation und Baukrise auf 3,6 Millionen Euro angestiegen seien. Die weitere Entwicklung gelte es abzuwarten. Eine Kostenunsicherheit bestehe immer. Das sei durchaus ein Problem. Auf Nachfrage von Beiratsmitglied Dirk Paulmann (CDU), wie es denn mit der Finanzierung des Personals vor Ort aussehe und ob diese Kosten bereits in das Budget mit eingerechnet worden seien, musste Schmidt mit Hinweis auf die ausstehende Konzeptionsphase passen. Das Informationszentrum solle laut Schmidt an 360 Tagen im Jahr geöffnet sein. Es könne sein, dass sich ein Synergieeffekt mit dem Sicherheitspersonal ergebe, das im Rathaus von einer Fremdfirma gestellt werde, sagte er.

Was vertreten die Petenten?

Frauke [Alber](#) vom Vorstand Angewandte Kunst betonte, dass sie und ihre Mitstreiter im Herbst vergangenen Jahres von der Senatskanzlei vor vollendete Tatsachen gestellt worden seien. Zuvor habe es geheißt, dass sie an der Neugestaltung der Unteren Rathaushalle beteiligt werden sollten. Gefordert wird von den Petenten unter anderem eine Prüfung von Alternativstandorten für das Informationszentrum, das die 654 Quadratmeter der Unteren Rathaushalle füllen soll. Genauso wenig gebe es bisher Alternativstandorte für die betroffenen Ausstellerinnen und Aussteller.

Außerdem fordern die Petenten, dass die Machbarkeitsstudie öffentlich gemacht wird und die Bürgerinnen und Bürger ein Mitspracherecht erhalten sollen. Ole Vorsprecher, der Mann von Petentin Susanne Vorsprecher, brachte in diesem Zusammenhang die Space-Park-Pleite vor 20 Jahren in Erinnerung. Er und seine Mitstreiter sehen die Untere Rathaushalle in ihrer jetzigen Form und Funktion mit einer 600 Jahre alten Tradition als vitalen Bestandteil des Weltkulturerbes und beziehen sich damit auf die Begründung der Unesco. In einem Rathaus-Flyer werde die vielgenutzte Mehrzweckhalle zudem "als das ganze Jahr über nahezu ausgebucht" beschrieben, sagte er weiter.

Was stehen die Beiratspolitiker zu dem Plan?

Der Beirat Mitte fordert in seinem Beschluss eine Überarbeitung des bisherigen Konzeptes. Die Beiratsmitglieder votieren klar für den Erhalt der Unteren Rathaushalle als Ort für zivilgesellschaftliches Engagement und Ausstellungsort für fachliche, wissenschaftliche und kulturelle Präsentationen, beispielsweise für Kunsthandwerksmärkte. Eine ausschließliche und monothematische Nutzung der Halle als Besucherzentrum für das [Unesco-Welterbe](#) lehnt der Beirat ab.

In dem Beiratsbeschluss wird aus der Begründung für die Eintragung von Rathaus und Roland als Weltkulturerbe zitiert: "Das Rathaus zu Bremen wurde vom Rat eigens als Rathaus errichtet. Der erste Stock wurde repräsentativen Zwecken vorbehalten, das Erdgeschoss wurde für die Nutzung durch das Marktvolk vorgesehen, wodurch die Bevölkerung in Kontakt mit den Regierenden gebracht wurde. Diese ursprünglichen Funktionen wurden bis heute beibehalten." Die Begründung war 2004 von der Icomos-Kommission des internationalen Rates für Denkmalpflege verfasst worden. Dem Ensemble war 2004 der Weltkulturerbe-Status zuerkannt worden.

Was fordert der Beirat noch?

Zwar wird vom Beirat eingeräumt, dass die Wichtigkeit für ein Unesco-Informationszentrum in der Bremer Innenstadt außer Frage stehe. Gleichzeitig wird in dem Beschluss darauf hingewiesen, dass die Untere Rathaushalle ein Ort der Bürgerinnen und Bürger sei und nicht nur ein Ort für Touristen, wie Anna [Kreuzer](#), die bündnisgrüne Sprecherin des Bauausschusses betonte. Die Halle sei in ihrer Art, Bedeutung und Zentralität einzigartig und biete der Zivilgesellschaft einen Ort des demokratischen Austausches. Außerdem fordert der Beirat ein transparentes Verfahren. Konkret: Er sowie andere Gremien sollen in den weiteren Planungsprozess mit einbezogen werden.

[Zur Startseite](#)

Unesco-Welterbe in Bremen

Debatte um Untere Rathaushalle spitzt sich zu

WK+

WESER KURIER, Sigrid Schuer, 06.03.24

Unesco-Welterbe in Bremen: Debatte um Untere Rathaushalle spitzt sich zu

Bisher wird die Untere Rathaushalle als vielfältiger Ausstellungs- und Veranstaltungsort genutzt. Das soll sich nun ändern.

Frank Thomas Koch

Die Debatte um das geplante Unesco-Welterbe-Informationszentrum in der Unteren Rathaushalle zieht weitere Kreise. Der Beirat Mitte fordert in einem Beschluss die Überarbeitung des bisherigen Konzeptes. Darin heißt es, dass der Erhalt der Unteren Rathaushalle als Ort für zivilgesellschaftliches Engagement und Ausstellungsort für fachliche, wissenschaftliche und kulturelle Präsentationen, beispielsweise für die Kunsthandwerksmärkte, sicherzustellen sei. Eine ausschließliche Nutzung der Halle als Besucherzentrum für das Unesco-Welterbe lehnt der Beirat ab. Wie bereits berichtet, waren im Rahmen einer Petition rund **3000** Unterschriften zusammengekommen, die für den Erhalt der Unteren Rathaushalle als Ausstellungs- und Veranstaltungsort votieren, der von vielen verschiedenen Akteuren und Vereinigungen genutzt wird.

Bestandteil des Weltkulturerbes

In dem Beiratsbeschluss wird aus der Begründung für die Eintragung von Rathaus und Roland als Weltkulturerbe zitiert: "Das Rathaus zu Bremen wurde vom Rat eigens als Rathaus errichtet. Der erste Stock wurde repräsentativen Zwecken vorbehalten, das Erdgeschoss wurde für die Nutzung durch das Marktvolk vorgesehen, wodurch die Bevölkerung in Kontakt mit den Regierenden gebracht wurde. Diese ursprünglichen Funktionen wurden bis heute beibehalten".

- **Hören Sie auch unseren Podcast: [Das Weltkulturerbe in Bremen in Folge 2 von "Martini 43"](#)**

Genauso argumentieren die Petenten Susanne und Ole Vorsprecher und ihre Mitstreiter: Die Untere Rathaushalle in ihrer jetzigen Form und Funktion sei vitaler Bestandteil des Weltkulturerbes. Die Begründung war 2004 von der Icomos-Kommission des internationalen Rates für Denkmalpflege verfasst worden. Dem Ensemble war 2004 der Weltkulturerbe-Status zuerkannt worden.

Demokratischer Austausch

Ende vergangener Woche hatte der [Petitionsausschuss](#) zu dem kontrovers diskutierten Thema getagt. Jens Schmidt hatte als temporärer Projektleiter der Senatskanzlei die Pläne zum Umbau in der Beiratssitzung vorgestellt. Schmidt betonte, dass es weder von Skalecki noch von Konrad Elmshäuser als Leiter des Staatsarchives Einwände gegen die geplanten Mauerdurchbrüche in der Unteren Rathaushalle gegeben habe. Zwar wird vom Beirat eingeräumt, dass die Wichtigkeit für ein Unesco-Informationszentrum in der Bremer Innenstadt außer Frage stehe. Gleichzeitig wird in dem Beiratsbeschluss darauf hingewiesen, dass die Untere Rathaushalle ein Ort der Bürgerinnen und Bürger Bremens sei. Sie sei in ihrer Art, Bedeutung und Zentralität einzigartig und biete der Zivilgesellschaft einen Ort des demokratischen und kulturellen Austausches und das solle auch so bleiben.

Außerdem fordert der Beirat Mitte ein transparentes Verfahren zu dem auf 2,8 Millionen Euro veranschlagten Projekt. Die Kosten sind inzwischen aufgrund von Inflation und Baukrise auf mehr als 3,6 Millionen Euro gestiegen. 1,4 Millionen Euro übernimmt davon der Bund.

[Zur Startseite](#)

Presse Weser-Kurier 2023

Konkrete Pläne

Bremen will seine Untere Rathaushalle als Welterbe-Zentrum nutzen



WESER KURIER, Jürgen Hinrichs, 03.07.23

Konkrete Pläne: Bremen will seine Untere Rathaushalle als Welterbe-Zentrum nutzen

Die Untere Rathaushalle dient seit sechs Jahrhunderten unterschiedlichsten Zwecken. Jetzt soll sie dauerhaft Ort des Bremer Welterbe-Zentrums werden.

Frank Thomas Koch

In den neuen Vertrag der Regierungskoalition hat es das Projekt bereits geschafft, und jetzt spricht sich explizit auch der Bürgermeister dafür aus. Als "total sinnvoll" bezeichnet Andreas Bovenschulte (SPD) die Idee, aus der Unteren Rathaushalle ein Zentrum für die Vermittlung des Welterbes Rathaus und Roland zu entwickeln. "Der Ort ist dafür sehr geeignet", hebt Bovenschulte im Gespräch mit dem WESER-KURIER hervor. Weiter will er allerdings vorerst nicht gehen: "Eine endgültige Entscheidung wird erst dann getroffen, wenn wir mit den bisherigen Nutzern der Halle gesprochen haben."

Der Bürgermeister ahnt offenbar, wie heikel dieser Punkt ist. Die Untere Rathaushalle ist seit sechs Jahrhunderten in nahezu unveränderter Form erhalten geblieben und gilt als einer der wenigen bedeutenden Profanbauten der späten Gotik. Vor allem aber erfüllt sie eine Funktion: "Sie ist Bremens älteste Mehrzweckhalle", heißt es in einer Beschreibung der Senatskanzlei.

Eben dies, die Untere Rathaushalle als Ort aller möglichen Veranstaltungen, würde sich grundlegend verändern, wenn dort dauerhaft und allein das Welterbe in den Blickpunkt gerückt würde. Ausstellungen, wie zurzeit über Günter Grass und sein Verhältnis zum Fußball oder davor die Schau zur Rolle der Pfadfinder als Postboten während des Warschauer Aufstands 1944 müssten woanders über die Bühne gehen. Genauso wie zum Beispiel der große Kunsthandwerkermarkt in der Vorweihnachtszeit. Wo soll er hin? "Wir werden mit den Veranstaltern über Alternativen reden", kündigt Bovenschulte an.

Klar ist für den Bürgermeister nach seinen Worten, dass mit dem Bremer Welterbe-Pfund viel stärker als bisher gewuchert werden sollte – im Sinne der Touristen, aber auch der Bremerinnen und Bremer. "Wir wollen Rathaus und Roland nicht nur unterhalten und bewahren, sondern ihre Geschichte und Bedeutung vertieft vermitteln", so Bovenschulte. Vom 2. bis 4. Juni hat es in Bremen wie in jedem Jahr mit großem Programm zwar wieder die Welterbetage gegeben. Das ist Bovenschulte und der Koalition aber nicht mehr genug.

Die Pläne für die Untere Rathaushalle sind alles andere als vage. Es gibt dazu bereits eine Machbarkeitsstudie und die Förderzusage des Bundes über 1,4 Millionen Euro – ein Betrag, der an die Bedingung geknüpft ist, dass Bremen genauso viel Geld gibt. Als organisatorischen Rahmen hat sich Rot-Grün-Rot die Gründung einer Rathaus GmbH vorgenommen, in die auch der Ratskeller eingebunden wäre. Außerdem soll ein eigenständiges Sondervermögen Rathaus geprüft werden.

Nichts ändern wird sich am ursprünglichen Charakter der Unteren Rathaushalle, schon deshalb, weil sie unter Denkmalschutz steht. Wie genau dort dem Publikum das Welterbe nähergebracht werden soll, dürfte in der Machbarkeitsstudie stehen, die noch unter Verschluss ist. Bovenschulte sieht bei dem Projekt zuletzt einen weiteren Aspekt: "Das Welterbe-Zentrum wäre der ideale Startpunkt für die Führungen durch das Rathaus und den Weinkeller."

[Zur Startseite](#)

Bremer Rathaus: Kostenanstieg beim geplanten Besucherzentrum

WESER KURIER, Jürgen Theiner, 18.12.23

Rathaus und Roland sollen durch ein ansprechendes, informatives Besucherzentrum besser touristisch vermarktet werden.

Hauke-Christian Dittrich

Beim geplanten Informationszentrum in der Unteren Rathaushalle zeichnet sich eine Kostensteigerung ab. Statt der ursprünglich veranschlagten 2,7 Millionen Euro steht nun ein Gesamtvolumen von 3,6 Millionen Euro im Raum. Das ist einer aktuellen Projektskizze zu entnehmen, mit der sich der Senat voraussichtlich an diesem Dienstag beschäftigen wird.

Wie berichtet, soll in der Unteren Rathaushalle ein Besucherzentrum zum Unesco-Weltkulturerbe Rathaus und Roland entstehen. Die Eröffnung ist für 2026 angepeilt. Bisher gibt es für Touristen keine Anlaufstelle, die der geschichtlichen Bedeutung der Welterbestätte gerecht würde. Ein Bremerhavener Architekturbüro hatte im Sommer erste Überlegungen für die Gestaltung des Informationszentrums geliefert. Demnach können Besucher die Untere Rathaushalle künftig über den Eingang an der Nordwestseite (Liebfrauenkirchhof) betreten, wo ein Empfangsbereich auf sie wartet, der in einen multimedialen Ausstellungsbereich weiterleitet. Zentrale Themen dort: Architektur und Baugeschichte des Rathauses, seine Funktion als politischer Entscheidungsort sei dem Mittelalter, Ratskeller und Weinhandel. Im „Welcome-Center“ am Eingang wird es Tickets für Rathausführungen geben. Besucher bräuchten dann auch nicht mehr draußen bei Wind und Wetter auf den Start warten. Für sie soll ein Raum auf der Rückseite des Gebäudes am Schoppensteel hergerichtet werden. Am Neuen Rathaus wird es zudem einen behindertengerechten Zugang geben.

Die Umgestaltung in der Unteren Rathaushalle soll voraussichtlich 2025 beginnen. Der sich abzeichnende Kostenanstieg wird mit der allgemeinen Baukostenentwicklung seit Planungsbeginn, zusätzlichen Architektenhonoraren und bisher nicht berücksichtigtem Projektsteuerungsaufwand begründet.